

Axel Schildt/Wolfgang Schmidt (Hrsg.), »Wir wollen mehr Demokratie wagen«. Antriebskräfte, Realität und Mythos eines Versprechens (Willy-Brandt-Studien, Bd. 6), Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2019, 296 S., brosch., 32,00 €, ISBN 978-3-8012-0549-2.

Willy Brandts Satz zu mehr Demokratie in seiner ersten Regierungserklärung als Kanzler 1969 hat sich längst von der konkreten Situation emanzipiert und ist zum scheinbar alles erklärenden Stichwort für den ersten sozialdemokratischen Bundeskanzler der Bundesrepublik geworden, parallel zu seinem bildlich festgehaltenen Kniefall ein Jahr später in Warschau. »Zeitworte« nennt Martin Sabrow das einleitend, wenn er generell für die Zeitgeschichte eine solche Loslösung von der zitierfähigen Erstnutzung herausarbeitet, so wie es in anderen Medien mit »Schlagbildern« geschildert und erörtert worden ist. Dieses Überstrapazieren des Begriffs »mehr Demokratie wagen« gibt auch einigen Autorinnen und Autoren des Bandes selbst zu denken, die dann doch gerade diesen Differenzierungsprozess angehen und leisten.

Hier jedoch werden in 14 Fallbeispielen Kontexte erarbeitet, welche gerade den Demokratieanspruch mit der politischen, sozialen und nicht zuletzt intellektuellen Realität konfrontieren. Hierbei hat Brandt, die SPD, die diversen linken sozialen Bewegungen zwar einen angemessenen Schwerpunkt, jedoch sucht der Band tendenziell mehrere Jahrzehnte bundesrepublikanischer Geschichte in den Blick zu nehmen. Vier Beiträge widmen sich der Entwicklung bis 1969. So spürt Kristina Meyer dem sozialdemokratischen Demokratiepostulat gerade im Hinblick auf den Umgang mit der NS-Zeit nach, findet viele Defizite, plädiert dennoch für Nachsicht. Links- oder auch rechtsintellektuellen, nicht konformen Sehnsuchtsorten spürt Alexander Gallus nach, und sieht bei einigen Linken eine Projektion auf Willy Brandts Formel, der Liberal-Konservative eher skeptisch gegenüberstanden. Ideengeschichtlich sucht Jens Hacke den Demokratisierungsausschrei Brandts als »dynamischen und offenen, tendenziell unabschließbaren Prozess« zu umreißen. Was hier als Möglichkeit der Planung schon anklang, führt Elke Seefried konkret am Regierungshandeln der Jahre ab 1969 aus, indem sie schlüssig den latenten Widerspruch von (autoritativer) Planung von oben und Demokratisierung hervorhebt. Bei Detlef Siegfried sind es die schon seit den 1950er-Jahren entwickelten und in der APO wirksamen Thesen von partizipatorischer Demokratie (Johannes Agnoli u.a.), die dann immerhin zum Teil von Brandts werbendem Appell integriert werden konnten.

Fünf Beiträge (Seefrieds Beitrag zur Planung wurde schon erwähnt) widmen sich der Umsetzung in der Zeit bis 1974. Innerparteilich wurde zwar viel an neuem Engagement mobilisiert – so Dietmar Süß –, jedoch führte dies vielfach in der konkreten Debattenkultur und politischen Umsetzung zu Enttäuschungen. Er spricht von »überzogenen Erwartungen, ideologischer Abschottung, jugendlich-männlicher Überheblichkeit«, der er Beharrungskräfte des Parteiestablishments gegenüberstellt. Knud Andresen geht es um die Mobilisierung der Jugend, zumal der Gewerkschaften (Jugendzentren); Alexandra Jaeger widmet sich der Umsetzung des von ihr »Radikalenbeschluss« genannten Erlasses in der Hamburger SPD (Brandt hatte diesen von Anfang an voll mitgetragen) und schließlich ermittelt Daniela Münkler die von der DDR-Führung zunächst wahrgenommenen Chancen, die dann bei Brandts auch dort populär erscheinendem Aufbruch destabilisierend wirken konnten. Alle diese Beiträge zeichnen ein verständnisvoller, aber kritischer Umgang mit einem so einfach scheinenden Demokratieaufbruch dar.

Von konservativer Seite gab es in der BRD bei der CDU große ideologische Vorbehalte gegenüber einer Demokratisierung nicht nur des Staates, sondern der Gesellschaft, wie Martina Steber in einem überblicksartigen Essay zum Vergleich mit den britischen Entwicklungen hin zum Thatcherismus zeigt. Doch da sind wir schon in den 1980er-Jahren. Neben diesem BRD-britischen Vergleich finden sich zwei analoge zu Frankreich und den USA. Während Hélène Miard-Delacroix behutsam Ähnlichkeiten aufzeigt, jedoch den großen Unterschied zur französischen *planification* hervorhebt, die erst unter Valéry Giscard d'Estaing ab 1974 vergleichsweise Reformen auslösen konnten, provoziert Philipp Gassert mit einer positiven Parallele Nixon-Brandt: Während ersterer mit radikal anti-linker Rhetorik glänzte und sich somit ganz anders positionierte, wiesen die US-Sozialreformen jener Jahre für Gassert doch manche Parallelen zur konkreten Brandtschen Reformpolitik auf.

Noch weiter von Brandt entfernen sich die aufschlussreichen Beiträge zur internationalen Dimension von Demokratisierung. Es ist schon früher gezeigt worden, dass Entwicklungspolitik unter Kanzler Brandt noch nicht im Vordergrund stand; Bernd Rother weist aber für die späteren Jahre in der Sozialistischen Internationale nach, dass Demokratie im westlichen Sinne angesichts der Konkurrenz zu kommunistischen Bemühungen kein allein

entscheidendes Kriterium war. Diesen Befund unterstreicht Frank Bösch nochmals, allerdings vornehmlich für die Zeit nach der Regierung Brandt: Demokratie und Menschenrechte spielten in unterschiedlichen Weltgegenden – Lateinamerika, Ostasien u.a. – für alle bundesdeutschen Regierungen eine untergeordnete Rolle gegenüber anderen Interessen. Hier zeigt sich – und das sollte man wohl weiter befragen –, dass innergesellschaftliche Ordnungsvorstellungen und entsprechende Politik per se im internationalen Staatensystem ganz andere Ausrasterungen erforderten als politische Werte wie Demokratie und Menschenrechte.

Doch insgesamt gilt für den ganzen Band, dass hier eine mittlere Forschergeneration, die zum Teil jahrelang einschlägig geforscht hat, das Leitwort des »Demokratie-Wagens« in Theorie und Praxis kontextualisiert und dabei zwar viel Luft aus dem Begriff herauslässt, dafür aber beachtenswerte neue Sichtachsen und Erkenntnisse gewinnt. Der Verlag kündigt den Band als Beitrag zum 50-jährigen Jubiläum von Brandts Regierungsantritt an – genau eine solche Jubelschrift ist er jedoch glücklicherweise nicht geworden. Er ging vielmehr aus einer Tagung von 2017 hervor, die von Axel Schildt maßgeblich geprägt worden war. Leider starb Schildt kürzlich, so dass er zwar die von ihm mit Wolfgang Schmidt verfasste Einleitung noch mitgestalten konnte, das Erscheinen des Bandes aber nicht mehr erlebte. So ist unter der Hand »Wir wollen mehr Demokratie wagen« zu einem Kabinettstück vielfältiger kritischer Zeitgeschichtsschreibung in Deutschland geworden, für die gerade Axel Schildt über Jahrzehnte maßgeblich als Autor und Anreger tätig gewesen ist: fast schon eine – unbeabsichtigte – erste Gedenkschrift.

Jost Dülffer, Köln

Zitierempfehlung:

Jost Dülffer: Rezension von: Axel Schildt/Wolfgang Schmidt (Hrsg.): »Wir wollen mehr Demokratie wagen«. Antriebskräfte, Realität und Mythos eines Versprechens (Willy-Brandt-Studien, Bd. 6), Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2019, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 59, 2019, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81907>> [15.8.2019].